

Ausgabe 3, Februar 2016

WARUM REINHEIMER KREIS WÄHLEN?

Wir wollen verfilzte Strukturen aufbrechen, die Reinheim nicht gut tun. Reinheim gehört uns allen und nicht einigen wenigen. Deshalb wollen wir Ihre Möglichkeiten verbessern, an Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Das ist an manchen Stellen schon gelungen. So dürfen Sie, die Bürgerinnen und Bürger, auf Ausschusssitzungen gehört werden! Weitere Schritte wurden von Rot - Grün bisher verhindert.

Wir wollen, dass man nicht einfach Entscheidungen trifft, wie die neue Parkregelung am Bahnhof, sondern die Menschen vorher fragt, sie einbezieht und ernst nimmt. Die Ortsteile wissen oft besser was gut für sie ist als das Rathaus in Reinheim. Deshalb wollen wir die Ortsbeiräte stärken. Es ist auch vieles gut in Reinheim, das wollen wir selbstverständlich erhalten.

Eine erneute Mehrheit für Rot - Grün würde bedeuten, dass es keine echte Beteiligung des Stadtparlamentes gäbe, Anträge würden wie in der Vergangenheit pauschal abgelehnt. Macht braucht Kontrolle und deshalb kämpfen wir für ein Parlament, in dem auch der Bürgermeister für seine Ideen kämpfen muss, anstatt sie einfach durchzusetzen. Wenn Sie das auch wollen, unterstützen Sie uns bitte!

Rolf Johann

1. Vorsitzender Reinheimer Kreis

- | | | | | | | |
|---|---|---|---|--|---|---|
|  |  |  |  |  |  |  |
| 1. Jörg Rupp | 2. Christina Göckel | 3. Udo Stumpf | 4. Gerda Ackermann | 5. Werner Göckel | 6. Kanya Pawlewicz Rupp | 7. Karl Johann |
|  |  |  |  |  |  |  |
| 8. Roswitha Gesellchen | 9. Rolf Johann | 10. Jutta Hildenbeutel | 11. Wolfgang Krenzer | 12. Ulrike Göckel | 13. Jörg Retzlaff | 14. Natalie Birdwell |
|  |  |  |  |  |  |  |
| 15. Astrid Hövelmann | 16. Jochen Lange-Späth | 17. Theo Diehl | 18. Denise Neghmouchi | 19. Jürgen Pfeifer | 20. Christina Schüller | 21. Herbert Gesellchen |
|  |  |  |  |  |  |  |
| 22. Hatice Icöz | 23. Maximiano Durante | 24. Luise Schmitt | 25. Emil Schwarz | 26. Raffaele Fragnelli | 27. Mitja Stachowiak | 28. Pascal Göckel |

Das Programm zur Kommunalwahl 2016

Der Reinheimer Kreis hat sich gebildet, um Reinheim mitzugestalten und für Rahmenbedingungen zu sorgen, die zu mehr Bürgerbeteiligung, Transparenz und Fairness führen. Das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2016 stellt die wesentlichen Eckpfeiler unserer Politik vor.

Wir stehen für einen klaren Stilwechsel in der Kommunalpolitik unserer Stadt. Statt der harten Gegensätze, die hier seit Jahrzehnten intensiv gepflegt werden, wollen wir einen offenen und fairen Dialog. Durch die Entstehung des Reinheimer Kreises arbeiten unterschiedlichste Kräfte im Parlament, trotz aller Unterschiede, gut zusammen und orientieren sich am Gemeinwohl. Daran wollen wir festhalten. Das tut Reinheim gut!

Wenn Sie LISTE 8, Reinheimer Kreis wählen, dann entscheiden Sie sich für die Fortsetzung dieser am Konsens orientierten Politik. Wir wollen nicht nur alle Fraktionen im Parlament, sondern auch die Ortsbeiräte und vor allem die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Entscheidungen über die Zukunft Reinheims einbeziehen. Dazu gehört, dass

- alle Fraktionen und nicht nur eine Mehrheitskoalition an der Leitung der Ausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung beteiligt werden.
- wir aufgrund leidvoller Erfahrung jeden Fraktionszwang konsequent ablehnen.
- wir Verlässlichkeit vorleben und auch erwarten.

Transparenz und Bürgerbeteiligung

Die Menschen müssen weit mehr als bisher eingebunden und befragt werden. Sie sollen teilhaben können an den Entscheidungen, die sie unmittelbar und mittelbar angehen. Man verweigert den Bürgerinnen und Bürgern in Reinheim immer noch Rechte, die sie in anderen Gemeinden haben. Wir suchen den Dialog mit Ihnen. Wir fordern:

- Aktive und möglichst umfassende Information für alle durch Presse, Internet (Newsletter) und Homepage der Stadt.
- Das Informationssystem der Stadt (Allris) soll soweit wie möglich für alle Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden, damit jede und jeder sich direkt informieren kann über das, was vor sich geht.
- Die Stadt soll Infoschaukästen in allen Ortsteilen aufstellen, in denen über die wichtigsten kommunalpolitischen Themen (Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse, Ortsbeiräte, Planungen, Entscheidungen...) informiert wird.
- Wir streben eine aktive Bürgerbeteiligung zu wichtigen Investitionen an.
- Bürgerversammlungen sollen öfter stattfinden (z. B. Windkraft in Ueberau)
- Wir wollen mehr Frauen in Verantwortung in Politik und Verwaltung.

Soziales

Reinheim ist eine Stadt mit einer Bürgerschaft, der soziale Gerechtigkeit und gegenseitige Solidarität besonders wichtig sind. Dieser Vorzug unserer Stadt muss gepflegt und weiter gestärkt werden. Alle Menschen, die in Reinheim leben, müssen ein menschenwürdiges und erfülltes Leben führen können. Es ist Aufgabe der Stadt, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten und Menschen in Not zu helfen. Alle Menschen müssen am Leben und an den Entscheidungen in unserer Stadt teilhaben können.

Unser Anspruch ist es, dafür Sorge zu tragen, dass das Problem der Armut in Reinheim endlich wahrgenommen wird. Erst dadurch kann man Lösungen angehen. Ein Leugnen der vorhandenen Armut ist unverantwortlich, unsozial und nicht akzeptabel. Deshalb fordern wir:

- Niemand darf in einer Notlage alleine gelassen werden.

- Kinder- und Altersarmut sowie Obdachlosigkeit thematisieren und aktiv überwinden.
- Aufbau einer aktiven aufsuchenden Sozialarbeit.
- Menschenwürdige Gestaltung der städtischen Notunterkünfte.
- Förderung ortsnaher Arbeitsplätze.
- Konsequente Umsetzung des Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention, wie auf unsere Initiative vom Stadtparlament beschlossen.
- Systematische Beseitigung der Barrieren im öffentlichen Raum mithilfe eines Zehnjahresplans.
- Stärkung der Vereinsförderung, denn die Vereine leisten ehrenamtlich außerordentlich wertvolle und unersetzliche Sozialarbeit, von der alle profitieren.
- Bei allen Entscheidungen muss die konsequente Unterstützung der Familien (in allen Formen) im Mittelpunkt stehen.

- Wir stehen für ein weltoffenes Reinheim, das Neubürgerinnen und Neubürger, gleich welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe, Herkunft oder Religion, in die Gemeinschaft integriert und in der Entscheidungsfindung berücksichtigt und beteiligt.

Energiewende / Windkraft

Die Energiewende, die Nutzung erneuerbarer Energien und die Einsparung von Energie sind Kernziele unserer Politik. Wir wollen, dass auch Reinheim seinen Beitrag zur Energiewende leistet. Eine möglichst schnelle, sachlich sinnvolle und nachhaltige Energiewende ist alternativlos.

Nicht alternativlos aber sind sowohl die Standorte von Energieerzeugungsanlagen als auch die Form der Energiegewinnung. Nicht alles macht überall Sinn.

Das gilt auch für die auf dem Hundertmorgen geplanten Windkraftanlagen. Das Vorranggebiet 218 sehen wir aus folgenden Gründen als ungeeignet an:

- Der Hundertmorgen ist Teil des für unsere Region typischen Panoramas Reinheimer Hügelland und Veste Otzberg, das wir gerne erhalten wollen. Das Erscheinungsbild um die Veste Otzberg würde zerstört. Windräder stehen hier im Widerspruch zum Denkmalschutz.
- Die Belastung wäre für die Menschen in Ueberau und auf dem Hundertmorgen zu groß. Der Windpark auf dem Hundertmorgen in unmittelbarer Nähe zu Ortschaften und Weilern erfüllt nur ganz knapp die hessischen Mindestabstände, die vor Jahren auf Grundlage wesentlich kleinerer Windgeneratoren erlassen worden sind. Die geplanten Riesenwindräder haben eine Nabenhöhe von 140 Metern und reichen mit ihren Rotoren bis in eine Höhe von 220 Metern hinauf. Viele Bürgerinnen und Bürger befürchten Wertverluste und weniger Lebensqualität.
- Wir denken, dass Flora und Fauna zu stark leiden und teilweise gefährdet würden. Vögel, wie der seltene Rotmilan können in die Rotoren geraten, wenn sich diese über typischen Jagdflächen der Vögel befinden. Aufgrund der Nähe zum Reinheimer Teich und wegen der üppigen Wiesenflächen ist das Gebiet wichtig auch für Zugvögel, das nicht leichtfertig preisgegeben werden darf.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, in Reinheim andere erneuerbare Energien zu fördern.

Wirtschaftsförderung / Stadtentwicklung

Zur Wirtschaftsförderung hat Reinheim bisher kein schlüssiges Konzept. Es gibt noch nicht einmal den Willen, aktiv zu werden. Wir halten das für unverantwortlich und sehen gerade hier eines der großen Defizite der bisherigen Politik, die dringend behoben werden müssen.

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung sind zentrale Aufgaben zur Zukunftssicherung aller Bürgerinnen und Bürger Reinheims.

- Wir wollen, dass der Dialog mit dem Gewerbe, dem Einzelhandel, dem Gastgewerbe und allen anderen Unternehmen und Unternehmern intensiviert und auch vom Stadtparlament geführt wird.
- Der neu geschaffene Ausschuss für Wirtschaft und Stadtentwicklung soll sich regelmäßig mit dem Gewerbeverein und anderen Akteuren austauschen.
- Eine zielführende und sachgerechte Wirtschaftsförderung besteht aus zweierlei:
 - Erstens aus der Pflege des Unternehmensbestandes, also der Unternehmen, die uns oft seit Jahrzehnten versorgen, in unserer Stadt Steuern zahlen und hier Arbeitsplätze schaffen. Dieses Rückgrat der Leistungsfähigkeit unserer Stadt muss stärker von der städtischen Politik profitieren. Insbesondere muss die Verwaltung endlich alle Möglichkeiten nutzen, bei der Auftragsvergabe verstärkt lokale und regionale Unternehmen zu berücksichtigen.
 - Zweitens erfordert eine gute Wirtschaftsförderung die aktive Anwerbung neuer Investoren und Firmen. Hier reicht es nicht aus, nur auf Interessenten zu warten. Vielmehr braucht Reinheim eine fundierte und nach wissenschaftlichen Methoden erstellte Standortanalyse, die Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken des Standortes Reinheim erkennt und zielgerichtet weiterentwickelt.

Diese dauerhafte und für die Zukunft unserer Stadt existenziell wichtige Aufgabe kann nur gemeinsam mit den Verbänden und Institutionen der Wirtschaft, allen politischen Kräften und der Bürgerschaft gelingen.

• Stadtentwicklung meint nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die Entwicklung der Bevölkerungszahl und der sozialen Verhältnisse in einer Stadt. Zur Stadtentwicklung gehören Fragen des Städtebaus und der Verkehrspolitik genauso wie die Frage nach der kommunalen Infrastruktur und das gesellschaftliche und politische Miteinander in einer Stadt.

• Wir wollen, dass auch die Stadt ihre Pflicht zur Ausbildung junger Menschen endlich erfüllt. Im Rathaus stehen aktuell vier Ausbildungsplätze im Stellenplan, von denen aber nur einer besetzt ist. Einige Jahre lang wurden gar keine Plätze angeboten.

• Vereine und Sozialverbände sind für eine Stadt von größter Bedeutung. Sie leisten wertvolle Sozialarbeit und bereichern das Leben der Menschen in Reinheim. Deshalb muss es stets eines der wichtigsten Ziele kommunaler Stadtentwicklungs- und Standortförderungs politik sein, sie aktiv zu unterstützen. Ein reges Vereinsleben und attraktive Angebote aus den Vereinen erhöhen die Lebensqualität.

• Feuerwehr und Rettungsdienste schützen die Menschen unserer Stadt - und schonen durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit die städtischen Finanzen. Deshalb darf hier nicht gespart werden. Sie müssen sich auf die Unterstützung der Politik stets verlassen können.

Wir sind für eine stärker konzeptionelle Herangehensweise an strukturelle Entscheidungen, insbesondere in Fragen der Stadtentwicklung, des Städte- und Wohnungsbaus, der Sozialentwicklung unserer Stadt, der Verkehrsentwicklung und der Stadtgestaltung. Reinheim muss endlich die großen Chancen nutzen, die die Nähe zur Wissenschaftsregion Rhein-Main-Neckar bieten, nicht zuletzt auch in kommunalpolitischen Fragen.

LISTE 8 wählen!

Weiter auf Seite 4

Die Reinheimer Kommunalpolitik muss ihre eingefahrenen Wege und Methoden, die teilweise nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind, modernisieren. Sie muss bereit sein, gute Beispiele aus anderen Kommunen als Vorbild zu nehmen und den Rat und die Expertise von Fachleuten anzunehmen und zu berücksichtigen.

Verkehr

Eine verantwortungsvolle und sichere Verkehrspolitik ist nur mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger umsetzbar. Es ist notwendig und unumgänglich, die verkehrlichen Probleme und Anregungen aller Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und in den jeweiligen Entscheidungsprozess mit einfließen zu lassen.

Wir suchen daher den Dialog mit Ihnen, beispielsweise bei Ortsterminen.

Die Umgehungsstraße hat zwar eine Entlastung gebracht. Damit wurden aber nicht alle Verkehrsprobleme gelöst und teilweise sogar geschaffen oder verstärkt. Der Durchgangsverkehr in Ost-West- oder West-Ost Richtung auf der B 426 hat zugenommen. Die Lärmbelastung ist gestiegen und Schäden an Fahrbahnen und Gebäuden sind entstanden. Die höheren Geschwindigkeiten und die Verkehrsbelastung bedeuten eine erhöhte Gefährdung unerfahrener und unsicherer Verkehrsteilnehmer, wie von Kindern und älteren Menschen. Tempo 30 oder die Umleitung des LKW-Verkehrs aus der Stadt heraus würden mehrere Probleme gleichzeitig lösen.

Verbesserte Verkehrsplanung

Die Vielzahl der ungelösten Verkehrsfragen in Reinheim (Goethestraße, Westring, Ueberauer Straße, Darmstädter Straße, Bahnhofstraße, Schillerstraße, Kirchstraße, Erbacher Straße, Kreuzstraße, Habitzheimer Straße und und und) zeigt, dass es höchste Zeit wird für ein Gesamt-Verkehrskonzept für die ganze Stadt. Nur wenn alle Verkehrswege und alle Verkehrsarten aller Stadtteile gemeinsam betrachtet werden,

können sinnvolle und dauerhafte Lösungen gefunden werden.

Ein besonders schwer zu lösender Gefahrenpunkt ist der öffentliche Verkehrsraum rund um den Bahnübergang, wo sich besonders viele Verkehrswege treffen. Hier gilt es, endlich mit einem von Fachleuten erarbeiteten Konzept dauerhafte und sichere Lösungen zu finden. Wir wollen die Verkehrsführung am Bahnübergang dem Verlauf der Bundesstraße anpassen.

Von oben, ohne Beteiligung der Anwohner und der Pendler aufgezwungene Parkverbote und Zeitparkzonen lehnen wir ab. Sie sollen sparsam nur dort eingesetzt werden, wo die Sicherheit der Menschen gefährdet ist, die Durchfahrt für Feuerwehr und Müllabfuhr nicht gewährleistet werden kann oder wo es die Sicherheit vor allem von Kindern erfordert.

In Reinheim beginnen und enden Radwege, sofern es sie überhaupt gibt, oft plötzlich. Das muss anders werden. Auch ein sicheres und schnelles Radwegenetz gehört zu einem umfassenden Verkehrskonzept. Dieses muss auch beinhalten, wie der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) z.B. durch einen Stadtbus, verkürzte Fahrzeiten oder zusätzliche Linien verbessert werden kann.

Straßen, Wege und Plätze in Reinheim sind teilweise in einem schlechten Zustand. Sie müssen barrierefrei saniert werden, ein öffentlich einsehbares Mängel- und Zustandskataster muss Grundlage für die Investitionsplanung der nächsten Jahre werden.

Eine moderne Verkehrspolitik strebt die Entwicklung der Infrastruktur hin zu einem allgemein verkehrsberuhigten Raum an, der ein angenehmes Einkaufsklima, Lärmverringerung, erhöhte Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer, Barrierefreiheit und mehr ÖPNV schafft, aber die Bedeutung des PKW-Verkehrs für viele Menschen nicht vergisst.

Finanzen und Haushalt

Der vom Magistrat vorgelegte Haushaltsentwurf für 2016 beinhaltet ein hohes Defizit, bedingt vor allem durch Einbrüche in den Gewerbesteuererträgen. Hier rächt sich die Abhängigkeit von einem einzigen großen Steuerzahler und das jahrzehntelange Versäumnis der unterlassenen Wirtschaftsförderungs- und Standortentwicklungspolitik.

Grundsätzlich sind wir der Ansicht, dass die Städte und Gemeinden heute unterfinanziert sind. Sie erhalten einen zu kleinen Teil des staatlichen Finanz-"Kuchens", wodurch sie ihre Aufgaben nicht mehr ausreichend erfüllen können. Wir werden deshalb alle Initiativen unterstützen, die eine bessere Finanzausstattung aller Kommunen zum Ziel haben.

Für uns als Reinheimer Kreis ist es wichtigstes finanzpolitisches Ziel, die Handlungsfähigkeit von Parlament und Bürgermeister durch ausgeglichene Haushalte zu erhalten. Wir sind gegen unnötige Schulden und für eine kluge mittelfristige Haushaltsplanung, die bedenkt, dass Investitionen zwar einerseits unsere Lebensqualität verbessern, andererseits aber auch Lasten für die kommenden Jahre mit sich bringen. Wir stehen für eine verantwortliche Finanzpolitik, die auch Schuldenhaushalte der Zukunft schon heute vermeiden helfen will.

Einsparungen lehnen wir im Sozialbereich und im Bereich der Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung ab. Wir wollen keine Erhöhung von Kindergartengebühren, denn Kinder und Familien sind unsere Zukunft. Sie müssen wir unterstützen.

Eine Anhebung von Steuern und Abgaben werden wir nur dann akzeptieren, wenn sie maßvoll geschieht und nicht zu vermeiden ist. Wir sind gegen Straßenbeiträge, weil diese in hohem Maße ungerecht sind und wir keine zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger wollen.

Highlights aus Georgenhausen – Zeilhard

Zweifellos ist die Entscheidung für den Neubau des gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses beider Wehren aus Georgenhausen und Zeilhard eine Glanzleistung, dem alle Parteien über alle Fraktionsgrenzen hinweg zugestimmt haben. Letztlich gilt es für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger Verantwortung zu übernehmen und den Brandschutz für die Zukunft in den beiden Stadtteilen sicher zu stellen.

Etwas nachdenklich stimmt allerdings die Aussage des Bürgermeisters Hartmann nach seiner Wiederwahl. Im Sommer hieß es noch „wir schaffen das“ als es um einen fehlenden Landeszuschuss von rund 250.000€ ging. Nun sehen wir im neuen Haushalt 2016 einen Haushaltsfehlbetrag von über 1 Million €. Leider weigert er sich, einen Konsolidierungsvorschlag zu erstellen, was aber seine Pflicht wäre. Mit Verweigerung macht man aber keine Politik für Reinheim. Auch ist inzwischen vielen vielleicht immer noch nicht bekannt, dass über 14 Millionen €

Schulden der Stadt Reinheim in den nächsten Jahrzehnten zurück zu zahlen sind. Es trifft also alle Reinheimer Bürger/-innen und deren Kinder!!!

Deshalb fragen sich auch viele Mitbürger/-innen, wie die energetische Sanierung des im Jahr 1905 erbauten alten Rathaus Zeilhard überhaupt finanziert werden kann? Wir vom Reinheimer Kreis haben nach Ortsbeiratsbeschluss zu einem von uns erstrittenen behindertengerechten Zugang auch eine entsprechende neue WC-Anlage beantragt, auf die nicht verzichtet werden kann.

Die Sanierung „in einem Guss“ ist notwendig, so der Ortsvorsteher von Georgenhausen-Zeilhard Werner Göckel!

Zumal die von den Stadtverordneten auf Antrag vom Reinheimer Kreis +FDP beschlossene „Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen“ rechtsverbindlich für alle öffentlichen Gebäude ist.

Dies trifft auf das Alte Rathaus Zeilhard auf jeden Fall zu, da es seit jeher regelmäßig als Wahllokal dient. Deshalb fordern wir eine Anhebung der im Haushalt vorgesehenen Investitionsmittel für das Alte Rathaus Zeilhard von bisher 167 T€ auf 250 T€. Denn die bisher angesetzten Mittel reichen nicht aus.

Hinzu kommt die notwendige Sanierung des ausgedienten alten Feuerwehrgerätehauses Zeilhard für die künftige Nutzung durch das Deutsche Rote Kreuz OG Zeilhard-Georgenhausen

Diese für die Stadtteile Georgenhausen und Zeilhard sehr wichtigen Maßnahmen werden durch den künftigen Sanierungsbedarf des Bürgerhauses Georgenhausen noch ergänzt.

Wir setzen uns für Ihre Interessen persönlich ein.

Deshalb bitten wir um Ihre Stimme!

Werner Göckel

Impressum

Herausgeber

Reinheimer Kreis e.V.

Verantwortlich

1. Vorsitzender

Rolf Johann

Hofstraße 24

64354 Reinheim

Tel.: 017615846810

Mail : info@reinheimer-kreis.de

Haftung

Für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Beiträge wird keine Gewähr übernommen. Eine Haftung ist ausgeschlossen. Nutzung und Verbreitung des Inhalts bedarf der Zustimmung des Herausgebers.

Web

www.reinheimer-kreis.de

Planungsfehler oder bewusste Ignoranz der Verkehrssicherheit für Fußgänger in Ueberau.

Vor einigen Jahren hat man den Ortskern Ueberau's durch umfangreiche bauliche Maßnahme verkehrsberuhigt. Durch abgesetzte Bordsteine und die Geschwindigkeitsherabsetzung auf "30" wird den Bewohnern von Ueberau eine Verkehrsberuhigung vermittelt.

Ist mittlerweile die Fußgängerverkehrssicherheit insbesondere für Schulkinder unmittelbar an der Kreuzung Brensbacher Straße / Wilhelm-Leuschner Straße gewährleistet?

Der Reinheimer Kreis sagt hierzu NEIN!

Zwar sind alle Teilnehmer am heutigen Straßenverkehr für ihr Handeln und Tun selbst verantwortlich und eine hundertprozentige Sicherheit ist in unserem Leben nie gegeben.

Aber muss denn immer was passieren, bis die Verantwortlichen sozusagen wach werden?

Beispielsweise wurde die westliche Wand des Wartehäuschens an der Bushaltestelle direkt an den Fahrbahnrand gebaut.

Fußgänger, Rollstuhlfahrer, Mütter mit Kinderwagen müssen auf die Fahrbahn ausweichen, um diese Glaswand auf der einen Seite zu umgehen.

Wird an dieser Stelle eventuell ein Verkehrsunfall billigend in Kauf genommen?

Der Reinheimer Kreis sieht hier akuten Handlungsbedarf !

Jörg Retzlaff

Was haben unsere Kandidaten für den Ortsbeirat in Spachbrücken erreicht, und welche Ziele haben wir?

Wir wurden, teilweise noch als SPD Mitglieder und später als Vertreter des Reinheimer Kreises, von Bürgern angesprochen und um Hilfe gebeten und haben das aus unserer Sicht auch ordentlich und mit Erfolg getan.

Aus der Friedhofstraße kam eine Bürgerin auf uns zu und bat uns darum, ihr Anliegen nach Schließung der Friedhofstraße nach Fertigstellung der Erbacher Straße zu unterstützen. Daraufhin haben wir eine Begehung organisiert und den Anwohnern, die zahlreich gekommen waren, zugehört.

Es ergab sich rasch eine klare Mehrheit für die Schließung. Wir haben das dann in der parlamentarischen Arbeit aufgegriffen. Die Bürger haben eine Unterschriftenaktion durchgeführt und die Unterschriften zum Bürgermeister gebracht. Kurze Zeit später wurden die Anwohner informiert, dass die Straße wieder geschlossen werde.

Die jetzt vertretene Ansicht, dass das immer klar gewesen sei ist falsch.

Die Anwohnerin hatte sich nämlich nachweislich zunächst an den Bürgermeister gewandt und von dort keine klare Aussage erhalten. Erst dann kamen wir ins Spiel. Alles andere ist Wahlkampfgetöse.

Die Bürger, die sich wegen des Verkehrs durch die Kreuzstraße, In den Krautgärten... sorgten haben mich persönlich vor langer Zeit angesprochen und um Unterstützung gebeten. Es fanden dann mehrere Sitzungen statt und ein Besuch bei einer Ortsbeiratssitzung. Auf dieser Sitzung, die der Ortsvorsteher Günter Göckel souverän leitete, wurden die Anwohner gehört. Das fand bei einem Stadtrat der Grünen und bei der SPD in Reinheim keine Gegenliebe. Man wies darauf hin, dass die Bürger laut Hessischer Gemeindeordnung nicht redeberechtigt seien. Wir sind dafür, dass es dabei bleibt, Bürger werden im Ortsbeirat gehört und sind nicht zum Schweigen verdammt. Wir wissen uns da im Übrigen einig mit den Kollegen von SPD und CDU in Spachbrücken.

Die Bürger schrieben dann die anderen Anwohner an und organisierten eine Versammlung. Diese war gut besucht. Man tauschte Ansichten, Bedenken und Vorschläge aus. Die Bürger haben ihr Anliegen in die Hand genommen und ich durfte im Vorfeld ein wenig dabei helfen. So stelle ich mir, so stellen wir uns, Kommunalpolitik vor.

Auch aus diesen Gründen wollen wir den Ortsbeirat Spachbrücken stärken. Wir wollten dem Ortsvorsteher Rederecht im Stadtparlament einräumen. Das wurde mit der Behauptung abgelehnt, es sei verboten. Das stimmt aber nicht. Hätte man es politisch gewollt, dann hätte man es machen können. In Reinheim ist das aber schlicht nicht gewollt. Wir sind der Meinung, dass man in Spachbrücken oft besser weiß, was gut und wichtig ist. Reinheim ist dann oftmals weiter weg als nur 1-2 Kilometer.

Deshalb wollen wir einen starken Ortsbeirat. Bitte unterstützen Sie uns dabei.

Rolf Johann

Halbe Sachen im Ueberauer Netz

Die Freude war groß als die Nachricht die Runde machte, der Landkreis werde endlich mit VDSL versorgt. Man las der Ausbau wird auf VDSL 50 als Standard durchgeführt.

Allerdings ist nach erfolgtem Ausbau und jetzt nach einiger Zeit VDSL Nutzung die Freude doch etwas getrübt, denn von den VDSL 50 sind wir in einigen Bereichen in Ueberau weit entfernt.

Dort wurde eben nur VDSL 25 bereitgestellt.

Sicherlich ist dies ein Fortschritt gegenüber DSL 6000, aber doch nur die Hälfte von dem, was man sich versprochen hatte.

Einige Haushalte, z.B. in Teilen der Sudetenstrasse, Am Schützenrain,

Brüder-Grimm-Straße und Alter Weg (SG Ueberau) sind nur mit dieser kleineren Variante des DSL beglückt worden.

Da wurde das Glasfaserkabel von Reinheim nach Ueberau gezogen, nur dass man den dort vorhandenen Kabelverzweiger (z.B. KVZ Lengfelder Straße) nicht gegen einen Outdoor-DSLAM ausgetauscht hat. Den nächsten KVZ in der Wilhelm Leuschner-Straße hat man dann gegen ein Outdoor-DSLAM ausgetauscht.

Es ist wirklich schade, dass die Dichte der neu gesetzten Outdoor-DSLAM bei uns sehr gering gehalten wurde. Im Netz des Odenwaldkreises ist die Dichte wesentlich höher.

Für Ueberau kommt jetzt der Hinweis auf Vectoring-Technologie,

so dass die jetzt mit VDSL 25 versorgten Gebiete dann bis zu VDSL50 bekommen sollen. Im Umkehrschluss heißt das, dass die mit VDSL 50 versorgten Gebiete dann bis zu 100 MBit bekommen ;-(Der Telekom und den anderen Providern wird es egal sein. Sie bekommen den gleichen Monatspreis für VDSL 25 oder VDSL 50, insofern hat die Telekom da sicherlich kein Interesse, Geld in die Hand zu nehmen.

Manchmal fragt man sich, ob der Landkreis den Ausbau nicht doch selber hätte durchführen sollen. Im Vergleich zum Ergebnis beim Odenwaldkreis stehen wir im Landkreis unserer Meinung nach schlechter da - Schade!

Wolfgang Krenzer

Wie eine rote Postkarte für Transparenz sorgte

Rund um den Reinheimer Bahnhof parken täglich zahlreiche Pendlerinnen und Pendler, oft Merckianer und Menschen aus Ueberau, um mit dem Zug zur Arbeit zu fahren. Da die unmittelbar am Bahnhof gelegenen Parkplätze nicht ausreichen, weichen viele in die benachbarten Wohngebiete aus.

Um die Schulwegsicherheit zu gewährleisten wurden vor Jahren rund um die Grundschule Zeitparkzonen eingeführt, die leider nur eingeschränkt überwacht werden. Im vergangenen Jahr begann die Stadtverwaltung diese Kurzzeitparkzonen plötzlich auszuweiten. Ohne Vorwarnung der Anwohner durfte auch im südlichen Teil der Friedrichstraße und der Jahnstraße plötzlich nur noch zwei Stunden geparkt werden. Anwohner müssen seitdem für eine Parkberechtigung 25 €/Jahr zahlen.

Grund genug für uns, die Anwohner zu fragen: Sind Sie gefragt worden und sind Sie mit der neuen Regelung einverstanden? Überraschend viele Anwohner haben sich gemeldet und einer brachte es auf den Punkt. Zitat: "...Wir wurden nicht gefragt bezüglich der Gebühren. Diese wurden uns praktisch aufgedrückt. Wir wohnen in der Jahnstraße und

wirklich weniger ist es auch nicht geworden. ... ist die Parksituation genauso schlecht nach 18 Uhr. Finde die 25 Euro eigentlich aus dem Fenster geschmissen. Jeder andere kann auch kostenlos vor seiner eigenen Haustüre parken..."

Was viele nicht wissen: Im Rathaus liegen Pläne in der Schublade, dieses "Zwei-Stunden-Parken" auch auf viele andere Straßen am Bahnhof auszuweiten. Wobei auch hier bisher niemand von der Stadt informiert wurde. Deshalb haben wir das getan und die Anwohner gefragt: Wissen Sie davon und wie stehen Sie zu dieser Sache? Auch hier haben wir einige Antworten erhalten und eine einzige war dafür: Die eines SPD-Mitglieds. Alle anderen waren erstaunt und eher kritisch.

Besonders interessant wurde es dann ein paar Tage später, als plötzlich ein Schreiben des Bürgermeisters auf dem Kopfbogen des Magistrates im Briefkasten lag. Darin "stellte er richtig", dass wir die Wahrheit gesagt hatten und die Kurzzeitparkzone tatsächlich geplant ist. Wichtigster Grund laut Herrn Hartmann: Sonst wird ja die P&R-Anlage an der Georgenstraße nicht ausreichend genutzt, um die entstehenden Kosten finanzieren zu können.

Gut, dass es die rote Karte des Reinheimer Kreises gab, denn sonst hätten wir sicherlich alle erst sehr viel später, auf jeden Fall aber nach der Wahl davon erfahren... So kann schon eine einzige Rote Karte für mehr Transparenz sorgen.

Aber dieser Vorgang hat einen weiteren Aspekt: Der Bürgermeister ist qua Amt Ortspolizeibehörde und kann diese Parkregelungen einführen, ohne irgend jemanden zu fragen. Selbst dann, wenn es besser wäre, den Magistrat, das Parlament und die Bürgerschaft mitzunehmen. So weit so gut oder schlecht, je nach Sichtweise.

Bedenklich aber ist, dass er für seine "Information" den Briefbogen des Magistrates benutzt, obwohl dieser darüber gar nicht abgestimmt hat. Noch bedenklicher: Der SPD-Bürgermeister nutzt städtisches Material, um Wahlkampf zu machen. Für ähnliches musste sich vor Jahren der Darmstädter Oberbürgermeister Peter Benz vor Gericht verantworten...

Es wird wirklich Zeit, dass sich was ändert.

Helfen Sie mit! Wählen Sie am 06. März 2016 Liste 8 Reinheimer Kreis.

RK

Windräder gegen den Willen der Menschen?

Wir setzen alles dafür ein, die hier geplanten Windkraftanlagen (WKAs) zu verhindern. Die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Programms. So konnten wir ein Rederecht von betroffenen Bürgern in Ausschüssen des Stadtparlamentes durchsetzen. Weiter stehen wir für die H10 Abstandsregel, also Mindestabstand zur

Wohnbebauung, egal ob Dorf oder Weiler wie Hundertmorgen, von 10-mal der Höhe des Windrades. Die befürchteten Wertverluste an Immobilien können wir nur vermeiden, wenn die Windkraftanlagen insgesamt verhindert werden.

Wir werden uns weiter dafür stark machen, dass die WKAs nicht gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchgeboxt werden.



Windräder nur mit dem Willen der Bevölkerung!

Wolfgang Krenzer

Vom Reinheimer Filz

Wenn Parteien zu lange unangefochten an der Macht sind, dann geraten sie in die Gefahr, den eigenen Einfluss als selbstverständlich anzusehen und nicht mehr klar zwischen Partei und Stadt sowie zwischen Person und Amt/Mandat zu unterscheiden. Eigentlich selbstverständliche und für eine funktionierende Demokratie unverzichtbare Grenzen werden immer öfter bewusst überschritten, Entscheidungen nur noch in kleinen Klüngelgrüppchen getroffen, über die Köpfe der Menschen hinweg. So was gibt es in Reinheim nicht, sagen Sie? Sind Sie sicher?

Muss man es nicht Filz nennen, wenn eine Stadt Plakathänger einer Partei aufhängen lässt und selber nutzt, sodass sie direkt anschließend für den Wahlkampf dieser Partei hängen bleiben können? Muss man es nicht Filz nennen, wenn bei einem Neubürgertag eine einzige Partei städtische Stühle nutzen kann und alle anderen nicht?

Ist es richtig, wenn in dem einen Wahlkampf die Plakattafeln einer anderen Partei abgeräumt werden,

weil ihre Aufstellung nicht zulässig sei und sie beim nächsten Wahlkampf stehen bleiben können, weil die bewusste Partei jetzt auch welche aufstellt?

Würden Sie es richtig finden, wenn ein großer Teil einer Verwaltung einer bestimmten Partei angehört oder zumindest offen mit ihr sympathisiert, statt als Verwaltung politisch neutral zu sein, wie es eigentlich nach Recht und Gesetz sein sollte?

Wenn Mandatsträger der einen Partei unterstützt und die von anderen wiederholt behindert werden? Ist es korrekt, wenn Funktionsträger der bewussten Partei schon während ihrer Amtszeit Ehrentitel erhalten und das bei Mandatsträgern anderer Parteien abgelehnt wird?

Wenn Straßen gesperrt werden, wo Funktionsträger der Partei leben und das ansonsten abgelehnt wird? Unterstützen Sie es, wenn eine Partei mit ihrem Koalitionspartner alle entscheidenden Funktionen besetzt und mit allen (!) Mitteln versucht, ihre Macht koste es was es wolle zu verteidigen?

Wenn mit allen Tricks gearbeitet wird, um die anderen schlecht aussehen zu lassen und nicht das machen zu müssen, was die Mehrheit im Stadtparlament will?

Wenn die bewusste Partei es nicht einmal mehr für notwendig hält, Kooperationen über Parteigrenzen hinweg zu suchen oder auch nur respektvoll mit den ehrenamtlichen Mandatsträgern umzugehen?

Wenn sie es für richtig hält, andere als unfähige "Freizeitpolitiker" zu beschimpfen, die "nur das Geld einsacken wollen" statt ihre Arbeit zu machen?

Wenn diese Partei sich nicht mal mehr scheut, ehrenamtliches Engagement in Vereinen zu verunglimpfen, nur weil sie in diesem Verein keinen Einfluss hat?

Wenn Verwaltung meint, die Stadtverordneten müssten das machen was sie will statt umgekehrt?

Nein, das finden Sie nicht richtig und das wollen Sie nicht? Dann nutzen Sie Ihr Wahlrecht und ändern Sie etwas!

Bericht aus dem Magistrat

In Hessen verwaltet der Bürgermeister eine Stadt nicht alleine. Eigentlich ist er "Erster unter Gleichen" in einer "kollegialen" Regierungsmannschaft, dem Magistrat. Der Magistrat ist neben dem Stadtparlament das wichtigste Gremium unserer Stadt. Hier werden Aufträge an Firmen erteilt, Entscheidungen über konkrete Projekte getroffen und ein großer Teil der Weichen für die Zukunft unserer Stadt gestellt.

Der Magistrat besteht in Reinheim aus acht Mitgliedern, neben dem Bürgermeister aus sieben Ehrenamtlichen: Je zwei von CDU und SPD, und je eine Person von Grünen, DKP und Reinheimer Kreis. Für uns ist derzeit Kanya Pawlewicz-Rupp Ehrenamtliche Stadträtin von Reinheim.

Der Bürgermeister ist Vorsitzender des Magistrates und sein Sprecher, außerdem Leiter der Stadtverwaltung in eigener Verantwortung.

Er bestimmt, wer als Vertreter des Magistrates nach außen sprechen also die Stadt vertreten darf, weshalb das in Reinheim fast ausschließlich die Stadträte von SPD und Grünen tun. Der Magistrat tagt nicht öffentlich. Magistratsmitglieder dürfen sich deshalb auch nicht öffentlich als solche äußern.

Obwohl theoretisch ein "kollegiales" Gremium ist der Reinheimer Magistrat das in Wirklichkeit leider nicht. Zwar werden dort viele Themen besprochen, aber ohne dass sich die Stadträtinnen und Stadträte darauf vorbereiten können.

Fast immer ist die Tagesordnung unvollständig, immer wieder werden mehr als das Doppelte der in der Einladung angegebenen Punkte besprochen.

Unterlagen dazu gibt es ohnehin keine, weder in der Einladung noch als Tischvorlage.

Die Mitglieder des Magistrates müssen vielmehr alles glauben, was der Bürgermeister vorträgt - und innerhalb weniger Minuten entscheiden, wie sie nun handeln sollen. Förmlich abgestimmt wird ohnehin in den seltensten Fällen. Zugestimmt ist schon, wenn keiner Einwände erhebt.

Warum wir das nicht ändern? Weil hier zwar vier Vertretern von SPD und Grünen vier Vertreter der Opposition gegenüberstehen, aber die Stimme des Bürgermeisters im Patt 4:4 den Ausschlag gibt - und so hat Rot-Grün im Magistrat noch immer die Mehrheit. Änderungen der bisherigen Geschäftsführung sind nicht gewünscht.

Wenn Sie die Arbeit des Magistrats verändern wollen, dann haben Sie am 06. März 2016 Gelegenheit dazu.

Helfen Sie mit!

Für mehr Demokratie in Reinheim!